

Ulmer, Martin; Ritter, Martin (Hrsg.): *Das jüdische Zwangsaltenheim Eschenau und seine Bewohner*. Horb: Barbara Staudacher Verlag 2013. ISBN: 978-3-928213-20-2; 244 S.

Rezensiert von: Susanne Wein, Friedrich-Meinecke-Institut, Fachbereich Geschichts- und Kulturwissenschaften, Freie Universität Berlin

Das Phänomen der Zwangsghettoisierung von älteren, kranken und verarmten Juden betraf in Deutschland von 1939 bis 1942/43 schätzungsweise 20.000 Personen, heißt es in der Einleitung des Bandes über das jüdische Zwangsaltenheim im nordwürttembergischen Eschenau (S. 7). Vielfach schafften es höchsten die Jüngeren einer jüdischen Familie rechtzeitig aus Deutschland zu fliehen, während die Älteren allein zurück blieben. Dadurch stieg die Nachfrage nach Plätzen in jüdischen Altenheimen, in denen die Leute hofften, ihren Lebensabend ohne diskriminierendes Umfeld verbringen zu können. Die Zunahme jüdischer Altenheime war jedoch insbesondere der nationalsozialistischen Politik der Separierung der jüdischen Mieterinnen und Mietern von den „arischen“ geschuldet und der Konzentrierung in sogenannten Judenhäuser auf der Grundlage des Gesetzes „über Mietverhältnisse mit Juden“ von Ende April 1939.

Während mehrere regionalspezifische Veröffentlichungen zu „Judenhäusern“ existieren¹, ist die NS-Politik der Ghettoisierung in rund 140 Zwangsaltenheimen als Vorstufe zur Deportation in Konzentrations- und Vernichtungslager noch wenig erforscht. Lediglich eine Monografie behandelt das jüdische Zwangsaltenheim in Herrlingen in der Nähe von Ulm.² Das Buch zu Eschenau, an dem ein Team von acht Autor/innen beteiligt war, betont die Rolle der Kommunen, die aktiv antijüdische Politik vorantrieben wobei ein regelrechter Wettbewerb um „judenfreie“ Kreise und die „Entjudung“ der Städte ausgebrochen war (S. 28). Dieser Prozess und die Haltung der Kommunen wird erst in wenigen Veröffentlichungen erwähnt, zum Beispiel in Wolf Gruners Studie über die judenfeindliche Politik der Öffentlichen Wohlfahrt, forciert durch den Deutschen Gemeindetag,

und Susanne Willems Dissertation über Albert Speers Wohnungsmarktpolitik in Berlin.³ In Württemberg drängte man ab 1940/41 auf die Auflösung der jüdischen Altenheime in Heilbronn und Stuttgart. Neben Herrlingen, das seit 1939 Altenheim war, wurden ab Ende 1941 fünf Heime in baufälligen Schlössern in abgeschiedenen Gemeinden mit Bahnanschluss eingerichtet und die alten Jüdinnen und Juden zwangsumgesiedelt. Teilweise hatte diese Unterbringung den offensichtlichen Charakter von Durchgangslagern bis zur Deportation in den Osten.⁴

Es handelt sich bei der Veröffentlichung über Eschenau um eine wissenschaftlich gut gearbeitete Mikrostudie, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Biografien aller 93 Bewohner/innen – Zweidrittel waren Frauen – und des jüdischen Pflegepersonals (19 Personen) in kürzeren und längeren Abrissen, je nach aufgefundenen Quellen, zu rekonstruieren. Außerdem werden die Entstehung des Zwangsaltenheims, das Leben und der Alltag, das Sterben und die Deportation geschildert. Das Altenheim in Eschenau bei Heilbronn existierte von Dezember 1941 bis zur Räumung und dem Abtransport der restlichen Jüdinnen und Juden am 19. August 1942 zum Sammellager auf dem Stuttgarter Killesberg, wo sie drei Tage später den Zug ins KZ Theresienstadt besteigen mussten. Zwölf Personen starben während der knapp neun Monate, darunter die Krankenschwester Emilie Levi an einer Blinddarmentzündung, weil – wie Zeitzeugen berichteten – kein Arzt gerufen werden durfte (S. 187). Von den 80 aus Eschenau Deportierten überlebten zwei ältere und fünf Frauen des Personals die Shoah.

Die Studie geht allerdings über die loka-

¹ Zuletzt: Hubert Schneider, Die „Entjudung“ des Wohnraums – „Judenhäuser“ in Bochum. Die Geschichte der Gebäude und ihrer Bewohner, Berlin 2010.

² Ulrich Seemüller, Das jüdische Altenheim Herrlingen und die Schicksale seiner Bewohner, Ulm 2009 (erste Aufl. 1997).

³ Wolf Gruner, Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkungen lokaler und zentraler Politik im NS-Staat (1933–1942), München 2002; Susanne Willems, Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau, Berlin 2000.

⁴ Sarah Kentner, Die Entstehung der jüdischen Zwangsaltenheime in Württemberg, in: Ulmer/Ritter, Das jüdische Zwangsaltenheim, S. 31–40.

le Ereignisgeschichte hinaus, indem die Verfolgung der Juden und die Ghettoisierung in Zwangsaltenheime in Württemberg sowie die „Situation der älteren jüdischen Bürger im Nationalsozialismus“ (Martina Kütterer) betrachtet werden. Gleiches gilt für die Kapitel „Täter und Beteiligte“ – besonders die Schreibtischtäter in den Finanzbehörden – (Martin Ulmer) und der Umgang mit dieser Geschichte nach 1945, exemplarisch anhand von Eschenau (Martin Ritter / Martin Ulmer), in denen das örtliche Geschehen in den Forschungsstand zum Nationalsozialismus eingeordnet wird.

Bis in die 1980er-Jahre wurde die Erinnerung an das separierte Ghettohaus mit seiner völlig unzureichenden Ausstattung (so zum Beispiel bei der Heizung sowie dem ständig zunehmenden Problem der Versorgung der Insassen) verdrängt und vergessen. Seit November 2012 gibt es nun eine Dauerausstellung im „Museum Synagoge Affaltrach“⁵, aber noch keine Erinnerungstafel am „Schloss“ Eschenau. Vor Ort konnte man mitunter der Auffassung begegnen, die Einrichtung unter der Ägide der Jüdischen Kultusvereinigung sei ein normales Altenheim gewesen.

Die Verdrängung ist zum einen darauf zurückzuführen, dass die Bevölkerung sich zu den Vorgängen im Dorf während der NS-Zeit überwiegend indifferent verhielt, „denn man hat es laufen lassen“, kommentierte eine Zeitzeugin im März 2009 (S. 140). Zum anderen wurde unmittelbar nach der Räumung des Zwangsaltenheims die verbliebene Habe der Jüdinnen und Juden, von der Weißwäsche bis zum Mobiliar, öffentlich versteigert. Etliche Menschen aus Eschenau und der Region beteiligten sich an der „Schnäppchenjagd“: „Die zu einem Spottpreis erzielten persönlichen Dinge zeigen die soziale und moralische Verwicklung eines Dorfes in den Prozess der Auslöschung der jüdischen Existenz.“ (S. 145f.) Dass die vormaligen Besitzer/innen, die bei Tag abgeholt worden waren, nicht mehr wieder kommen würden, war spätestens mit dem wortwörtlichen Verschleudern der Kleidungsstücke offensichtlich.

In 14 ausgewählten Biografien wird zudem die Rolle der Finanzämter bei der Ausplünde-

rung der älteren Jüdinnen und Juden verdeutlicht. Von einigen späteren Bewohner/innen sind ab 1935 Briefwechsel mit den Finanzämtern überliefert. Darin geht es um zu hohe Vermögenssteuerbescheide, die Einrichtung von Sperrkonten und die enge bürokratische Umsetzung der antisemitischen Verordnungen wie die direkte finanzielle Ausraubung, etwa in Judenvermögensabgaben oder der zynisch als „Sühneleistung“ bezeichneten Abgabe, die die Juden für das Pogrom im November 1938 bezahlen mussten. Die Betroffenen schilderten ihre verschlechterten Verhältnisse in der vergeblichen Hoffnung, die Beamten würden ihren Handlungsspielraum menschlich auslegen, so etwa die Stuttgarter Witwe Flora Haarburger oder der ehemalige Kaufmann Samuel Rosenberg aus Heilbronn (S. 100–104 bzw. S. 116–119). Die Finanzbehörden verhinderten Auswanderungsversuche von Betroffenen auch direkt, weil sie die notwendige Bescheinigung wegen angeblich nicht abgeführter Steuern und Abgaben verweigerten, wie dies dem Ehepaar Essinger geschah (S. 133–135 und 163f.).

Die Veröffentlichung über das jüdische Zwangsaltenheim Eschenau ist eine gelungene Darstellung der lokalen Vorgänge mit zahlreichen Abbildungen aus den Quellen und Porträts von den Opfern. Der Band zeigt einen Ausschnitt der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ ab 1941 auf, in der bürokratische und teils korrupte Finanzbeamte, Polizisten, der Schlossbesitzer und der Bürgermeister mit einer – von vereinzelten Ausnahmen abgesehen – indifferenten bis involvierten Einwohnerschaft bei der Ausplünderung und Auslöschung jüdischen Lebens zusammenarbeiteten. Gleichzeitig wird der weitere Kontext der jüdenfeindlichen Politik der Kommunen angesprochen.

Die analytischen Abschnitte zur systematischen Ghettoisierung als Deportationsvorstufe hätten allerdings gerne ausführlicher ausfallen dürfen und stattdessen wiederholt dargestellte Informationen mit Verweisen gekürzt werden können. Dennoch hat die Studie

⁵ Datenbank der Landeszentrale für politische Bildung: Gedenkstätten in Baden-Württemberg. Das jüdische Zwangsaltenheim Eschenau: Eine Dauerausstellung in der ehemaligen Synagoge Affaltrach <http://www.gedenkstaetten-bw.de/ausgedenkstaetten_affaltrach.html> (03.11.2013).

Modellcharakter für ähnliche Projekte und es ist ihr eine Verbreitung über den lokalen Rahmen hinaus zu wünschen.

HistLit 2013-4-206 / Susanne Wein über Ulmer, Martin; Ritter, Martin (Hrsg.): *Das jüdische Zwangsaltenheim Eschenau und seine Bewohner*. Horb 2013, in: H-Soz-Kult 12.12.2013.